

Sparen und Investieren I: Geschlossene Volkswirtschaft

Till van Treeck

Experten betonen, dass zwischen Sparen und Investieren kein prinzipieller Widerspruch besteht. Das verdeutlicht ein Grundsatz der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung: In einer geschlossenen Wirtschaft muss die Ersparnis immer genau gleich den Investitionen sein.

Die Einleitung zum Online-Dossier "Europäische Schuldenkrise" spitzt den Streit um Europas Rettung auf die Kernfrage: "Sparen oder Investieren?" zu. Allerdings betonen die befragten **Experten und Expertinnen in ihren Interviewbeiträgen** zu Recht, dass hierin kein prinzipieller Widerspruch steht. Wie im Folgenden gezeigt wird, führt die **Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR)** sogar zu dem Ergebnis, dass auf gesamtwirtschaftlicher Ebene die Ersparnis immer genau gleich den Investitionen sein muss. Umstritten ist aber, wie erreicht werden kann, dass Ersparnis und Investitionen steigen, und welche Rolle dabei der Staat und der Privatsektor spielen sollen.

Sparen und Investieren im gesamtwirtschaftlichen Kreislauf

Der Zusammenhang zwischen Sparen und Investieren lässt sich am einfachsten aufzeigen, wenn für einen Moment das Gedankenexperiment einer geschlossenen Volkswirtschaft (ohne Exporte und Importe) angenommen wird. Dies ist sozusagen der allgemeine Fall der Weltwirtschaft, die ja keinen Außenhandel mit anderen Planeten betreibt.

Die Nachfrageseite des BIP lautet dann:

BIP = Konsum (privat und staatlich) + Investitionen (privat und staatlich).

Wie man sieht, ist der Außenbeitrag hier nun verschwunden, da es kein Ausland gibt, mit dem die geschlossene Volkswirtschaft Handel betreibt. Zugleich ist das BIP laut der Verteilungsrechnung der VGR gleich dem gesamtwirtschaftlichen Einkommen, die wiederum aus Gewinnen und Löhnen bestehen. Da der Staat einen Teil der Gewinne und Löhne über Steuern und Abgaben für sich beansprucht und gleichzeitig Transfers an die privaten Haushalte (z.B. Arbeitslosenunterstützung, Kindergeld, Renten) sowie Subventionen an die privaten Unternehmen zahlt, lässt sich die Verteilungsseite des BIP auch wie folgt schreiben:

BIP = Verfügbares Einkommen (privat und staatlich).

Das BIP der Nachfrageseite muss immer gleich dem BIP der Verteilungsseite sein. Daraus folgt, dass die gesamtwirtschaftlichen Einkommen den privaten und staatlichen Ausgaben für Konsum und Investitionen entsprechen müssen. Der Teil der verfügbaren Einkommen, der nicht in den Konsum fließt, muss somit gleich den Investitionen sein:

Verfügbares Einkommen (privat und staatlich) – Konsum (privat und staatlich) = Investitionen (privat und staatlich).

Einkommen, die nicht für Konsum ausgegeben werden, nennt man auch Ersparnis, so dass folgt:

Ersparnis (privat und staatlich) = Investitionen (privat und staatlich).

Wir haben damit die für die Makroökonomie wichtige Formel: Ersparnis = Investitionen formal hergeleitet. Doch was genau bedeutet diese Formel? Grundsätzlich verstehen wir unter "Sparen" meist, dass wir unser Nettovermögen (Vermögen minus Schulden) vergrößern. Wir haben also am Ende des Zeitraums, den wir betrachten, ein größeres Vermögen oder geringere Schulden als am Anfang. Ökonomen unterscheiden dabei grundsätzlich zwischen Geldvermögen und Sachvermögen. Unter das Geldvermögen fallen z.B. das Bargeld, das ich im Portemonnaie oder unter dem Kopfkissen halte, Geld, das ich auf dem Bankkonto habe, Kredite, die ich anderen gewähre, oder Aktien. Mit Sachvermögen sind z.B. Häuser oder Produktionsanlagen gemeint, die mir gehören. Wenn ich nun spare, habe ich grundsätzlich zwei Möglichkeiten: Ich kann mein Sachvermögen erweitern, indem ich einen Teil meines Einkommens spare und davon z.B. als Privathaushalt ein neues Haus oder als Unternehmer oder Unternehmerin eine neue Maschine oder eine bessere Software kaufe. Die Bildung von Sachvermögen wird auch als Investition bezeichnet, und in diesem Fall ist die Formel: Ersparnis = Investition unmittelbar verständlich. Andererseits könnte ich auch mein Nettogeldvermögen vergrößern, indem ich einen Teil meines Einkommens, das ich im betrachteten Zeitraum erhalte, einfach nicht für Güter und Dienstleistungen ausbebe, sondern beispielsweise jemandem einen Kredit gebe oder einen Kredit zurückzahle. Wenn ich mein Nettogeldvermögen ausweitere, bedeutet dies, dass ich einen Finanzierungsüberschuss erziele: Meine Ausgaben für Güter und Dienstleistungen sind geringer als meine verfügbaren Einkommen. Dies ist aber nur möglich, wenn irgendwo anders in der Wirtschaft ein Finanzierungsdefizit vorliegt, das heißt das Nettogeldvermögen sinkt (zum Beispiel weil jemand sich bei mir zusätzlich verschuldet oder ich ihm einen Teil eines zuvor erhaltenen Kredites zurückzahle). Wenn wir daher die gesamte Welt als eine riesige, geschlossene Volkswirtschaft betrachten, ergibt sich notwendigerweise, dass alle Geldvermögensänderungen (= Finanzierungssalden) zusammengerechnet immer genau null ergeben! Für eine geschlossene Volkswirtschaft als Ganze sind Investitionen somit die einzige Möglichkeit, zu sparen.

Sparen und Investieren in verschiedenen Denkschulen

Vereinfacht gesagt, argumentiert der **Keynesianismus**, dass sparen im Sinne von Geldvermögensbildung zwar eine individuelle Tugend sein mag, aber aus makroökonomischer Sicht in die Katastrophe führen kann. Wenn die privaten Haushalte und Unternehmen zusätzliche Nettogeldvermögen bilden möchten, aber nicht zusätzlich investieren möchten, zerstören sie durch das Zurückhalten von Ausgaben für Güter und Dienstleistungen die Einkommen von Unternehmen und Beschäftigten, die entsprechend wenige Güter und Dienstleistungen verkaufen können. Unternehmen, die ihre Güter nicht absetzen können, und Arbeitnehmer, die arbeitslos werden, dürften nach dieser Sichtweise ihre Ausgaben für Investitionen und Konsum noch weiter einschränken, so dass die Volkswirtschaft in eine Abwärtsspirale geraten kann. Hierdurch fallen die Einkommen der Volkswirtschaft, so dass die ursprünglich geplante Ersparnis in Form von Geldvermögensbildung nicht realisiert werden kann. Diesen Zusammenhang bezeichnet man als **keynesianisches Sparparadox**: Die gesamtwirtschaftlichen Ersparnisse fallen, weil die gesamtwirtschaftlichen Einkommen fallen, weil zu viele Haushalte und Unternehmen ihre Geldvermögen erhöhen wollen, statt Güter und Dienstleistungen nachzufordern. Einen Ausweg aus dieser Situation bieten aus dieser keynesianischen Sicht höhere **Ausgabenüberschüsse (= Budgetdefizite)** des Staates, die die Einkommen der Privaten erhöhen und diesen so die gewünschte Nettogeldvermögensbildung (= Finanzierungsüberschüsse) ermöglichen.

Nach **keynesianischer** Sichtweise steht also stets die (private und staatliche) Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen am Anfang der Betrachtung. Wenn diese hoch ist, werden auch die Produktion und die gesamtwirtschaftlichen Einkommen hoch sein, was dann auch die Bildung von hohen Ersparnissen ermöglicht. So ist es zu verstehen, wenn **Ulrike Herrmann in ihrem Interviewbeitrag** argumentiert, dass Sparen im Sinne von staatlichen Ausgabenkürzungen als Krisenbewältigungsstrategie nicht funktionieren kann. Denn nach dieser Sicht führt eine geringe staatliche Nachfrage (ob für Konsum oder Investitionen) zu einem geringeren BIP und damit zu einem geringeren gesamtwirtschaftlichen Einkommen. Und wenn die Einkommen fallen, fallen in aller Regel auch die gesamtwirtschaftlichen Ersparnisse. Dies ist eine Variante des keynesianischen Sparparadox: Obwohl bzw. gerade weil der Staat seine Ausgaben mit dem Ziel kürzt, seine Ersparnis zu erhöhen, fällt die gesamtwirtschaftliche Ersparnis, weil durch die fehlende Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen auch Produktion und Einkommen zurückgehen.

Auf ähnliche Weise argumentiert **Thomas Fricke in seinem Interviewbeitrag**, dass zu starke staatliche Ausgabenkürzungen dazu führen, dass die Wirtschaft einbricht und die Menschen kein Geld mehr zum Ausgeben haben. Deswegen sollte man nach dieser nachfrageorientierten, keynesianisch inspirierten Sichtweise kurzfristig "Geld in die Maschine reingeben", also mehr ausgeben (für Konsum und Investitionen) und gerade nicht sparsam sein. Im Zeitverlauf müsste dies zu "mehr Sparen" und "mehr Investieren" führen, weil die Einkommen und die Wirtschaftsleistung insgesamt steigen.

In einem typisch **neoklassischen** Szenario ist diese keynesianische Ausgabenpolitik zum Scheitern verurteilt, weil hier das BIP nicht ohne weiteres steigen kann, wenn die Nachfrage ausgeweitet wird. Der Grund sind Probleme auf der Angebotsseite: So kann es beispielsweise sein, dass Arbeitslose nicht über die nötigen Qualifikationen verfügen, die für eine Ausweitung der Produktion nötig wären. Wenn gleichzeitig die Mindestlöhne so hoch, und die Gewerkschaften so mächtig sind, dass die Unternehmen hohe Löhne zahlen müssen, kann diese nach neoklassischer Sicht zu Arbeitslosigkeit führen und das BIP auf der Angebotsseite begrenzen. Wenn in einem solchen Szenario die Investitionen steigen sollen, muss der Konsum zurückgehen. Mit anderen Worten: Es müssen Sparanstrengungen unternommen werden, damit mehr investiert werden kann. Dadurch geraten auf der Nachfrageseite die staatlichen und die privaten Ausgaben in Konkurrenz zueinander: Wenn die staatliche Ersparnis fällt, weil der Staat mehr konsumiert (also z.B. mehr Geld für Beamtengehälter oder Sozialtransfers ausgibt), müssen entweder die staatlichen Investitionen (z.B. in Forschung oder Verkehrsinfrastruktur) fallen oder die privaten Ausgaben für Konsum oder Investitionen. In diesem Sinne kritisiert etwa **Alexander Kritikos in seinem Debattenbeitrag** nicht in erster Linie die "hohen staatlichen Ausgaben" in Griechenland, sondern dass "das Geld [...] nicht produktiv investiert (wurde)". Wenn aus neoklassischer Perspektive höhere Investitionen gefordert werden, wird daher in der Regel eine Umschichtung auf der Nachfrageseite der Volkswirtschaft weg von (staatlichen) Konsumausgaben hin zu (staatlichen und privaten) Investitionsausgaben gefordert.

Die **Neoklassik** geht außerdem davon aus, dass der Privatsektor (Haushalte und Unternehmen) längerfristig keine Finanzierungsüberschüsse (= Nettogeldvermögen) bilden möchte. Zwar kann es sein, dass die privaten Haushalte Finanzierungsüberschüsse bilden möchten (z.B. für die Altersvorsorge), diese stehen dann aber den privaten Unternehmen zur Verfügung, um Kredite aufzunehmen und zu investieren. Aus neoklassischer Sicht wird der Finanzmarkt mittelfristig dafür sorgen, dass die Geldersparnisse der privaten Haushalte von den privaten Unternehmen beispielsweise in Form von Krediten aufgenommen und zur Finanzierung von realwirtschaftlichen Investitionen verwendet werden. Wenn also der **Staat auf Finanzierungsdefizite verzichtet**, können die privaten Ausgaben steigen, weil mehr Ersparnisse zur Verfügung stehen, mit denen die privaten Unternehmen ihre Investitionen finanzieren können.

Wenn das BIP längerfristig steigen soll, muss nach **neoklassischer** Sichtweise an der Angebotsseite angesetzt werden. So argumentiert etwa **Michael Hüther in seinem Interviewbeitrag**, dass kurzfristig die Staatshaushalte in Ordnung gebracht und Strukturreformen unter anderem auf dem Arbeitsmarkt unternommen werden müssen, um das Vertrauen der privaten Unternehmen zurückzugewinnen. Dies würde in diesem Szenario zu mehr Innovationskraft und deswegen auf der Angebotsseite der Volkswirtschaft zu höherer Produktivität und geringerer Arbeitslosigkeit führen – und damit letztlich auch zu einem höheren BIP. Auf der Nachfrageseite gäbe es in der Folge Spielraum für höhere Ersparnis und höhere Investitionen.

Didaktische Anwendung zum Thema

Zur numerischen Illustration: **Sparen und Investieren in der geschlossenen Volkswirtschaft**



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. by-nc-nd/4.0
Der Name des Autors/Rechteinhabers soll wie folgt genannt werden: by-nc-nd/4.0
Autor: Till van Treeck für bpb.de
Urheberrechtliche Angaben zu Bildern / Grafiken / Videos finden sich direkt bei den
Abbildungen.